

Pressemitteilung

Wir brauchen einen 40-Milliarden-Schub für Wohnungen und Verkehr BAUINDUSTRIE mit Prognose & Ausblick 2023

Die Lage ist ernst - aber nicht hoffnungslos: Trotz hoher Materialpreise, steigender Hypothekenzinsen und gedämpfter gesamtwirtschaftlicher Konjunkturprognose für 2023 sieht die Bauindustrie ohne Krisenblick auf die kommenden Monate: „Natürlich ist die Lage mit Blick auf das Jahr nicht einfach. Wir gehen von einem realen Rückgang des Umsatzes von sechs Prozent aus. Die Stimmung im Augenblick ist jedoch noch gut, weil wir einen historisch hohen Auftragsbestand haben. Und ganz wichtig: Wir werden kein Personal abbauen“, so **BAUINDUSTRIE-Präsident Peter Hübner**. Im Gegenteil: „Auch wir haben offene Stellen, die wir gerne besetzen würden. Und als eine der wesentlichen Zukunftsbranchen in Deutschland machen wir das Angebot: Kommen Sie zur Bauindustrie.“

04/23
Berlin, 16.01.2023

Sorgen bereitet indes die schleppende Lage im Wohnungsbau. „Realistisch ist, dass wir 2023 nur rund 250.000 Wohnungen fertigstellen. Damit sind wir weit weg von den 400.000 Wohnungen, die sich die Bundesbauministerin vorgenommen hat. Dafür kann man ihr nicht die Schuld geben, aber die Politik könnte mehr dafür tun: Für die Neubauförderung bei Wohnungen brauchen wir beispielsweise jährlich rund 15 Milliarden Euro, um die ambitionierten Ziele - auch unter Klimagesichtspunkten - zu erreichen.“

Auch der Verkehrsbereich braucht einen Investitionsschub, um die Mobilitäts- und Klimawende umzusetzen: „Für die Verkehrsinfrastruktur - Bahn, Wasserstraße und Straße - muss der Bund mittelfristig 25 Milliarden Euro jährlich investieren, um den Abbau des Sanierungsstaus, aber auch Zukunftsinvestitionen zu finanzieren. Ein solches Investitionspaket würde uns wirklich nach vorn bringen und wäre ein klares Zeichen für den Wirtschaftsstandort Deutschland.“

Zum Jahresbeginn 2023 stellten sich die Rahmenbedingungen für die Produktion im Bauhauptgewerbe wie folgt dar:

- Im Dezember 2022 war die Stimmung im Bauhauptgewerbe weiterhin gespalten. Die aktuelle Geschäftslage wurde per Saldo noch als positiv eingestuft, die Geschäftserwartungen lagen dagegen deutlich im Minus. Verglichen mit den Dezemberwerten 2021 hat sich die Stimmung deutlich verschlechtert.
- Die Versorgungslage bei Baumaterial hat sich deutlich verbessert. Im Mai 2022 meldeten noch 52 Prozent der Firmen des Bauhauptgewerbes eine Behinderung ihrer Produktion durch Materialknappheit, bis Dezember ging der Wert auf 20 Prozent zurück. Auch bei den Preisen gibt es Entspannung. Bei den meisten Baumaterialien wurde der Höhepunkt bei den Erzeugerpreisindizes im Juni 2022 erreicht, seitdem waren die Preise – teilweise deutlich – rückläufig. Für 2023 rechnen wir mit einer weiteren Verbesserung.
- Der Anteil der Firmen, die eine Behinderung ihrer Produktion durch Auftragsmangel melden, lag im Dezember bei 23 Prozent, 12 Prozent meldeten eine Behinderung durch Stornierungen. Beides wird der Branche 2023 zu schaffen machen.
- Die Baugenehmigungen für neue Bauten im Nichtwohnungs(hoch-)bau stiegen von Januar bis Oktober nominal um 5,9 Prozent. Angesichts der Baupreissteigerungen ist dies ein zweistelliger Rückgang. Bei den Wohngebäuden lag der nominale Zuwachs nur bei 1 Prozent, der reale Rückgang fällt entsprechend größer aus (ca. minus 15 Prozent). Die Entwicklung bei den Baugenehmigungen deutet auf ein rückläufiges Interesse der Investoren in allen Bereichen hin.
- Der reale Auftragseingang im Bauhauptgewerbe stieg im ersten Quartal 2022 noch um 4,1 Prozent. Dann kamen die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine. Von Januar bis Oktober war ein realer Rückgang von 7,9 Prozent zu verzeichnen.
- Der Auftragsbestand lag Ende September mit 71 Milliarden Euro auf einem Rekordwert, der aber durch die Baupreisentwicklung überzeichnet war. Die Reichweite der Auftragsbestände lag im Dezember mit (saisonbereinigt) 4,4 Monaten noch auf einem hohen Niveau. Wenn die Zahl der Stornierungen nicht weiter ansteigt, sind die Auftragsbestände noch ein „Puffer“ für das erste Halbjahr 2023.